

15
84

Union in Deutschland

Bonn, den 3. Mai 1984

Frühjahrsgutachten der
wirtschaftswissenschaftlichen
Forschungsinstitute beweist:

Der Aufschwung ist da

Die Wirtschaftsforschungsinstitute bestätigen die erfolgreiche Wirtschaftspolitik der Bundesregierung Helmut Kohl. Das Gutachten bestätigt, daß die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik der Bundesregierung dazu geführt haben, daß Wachstumskräfte freigesetzt werden konnten. „In der Bundesrepublik Deutschland setzte sich die konjunkturelle Besserung im Winterhalbjahr 1983/84 fort. War die Aufwärtsbewegung bis zur Jahresmitte 1983 von der Inlandsnachfrage getragen worden, so kam dann eine kräftige Belebung der Ausfuhr hinzu. Der Anstieg von Nachfrage und Produktion gewann soviel an Tempo, daß der Auslastungsgrad der Kapazitäten spürbar zunahm. Die Erholung ist also in einen Aufschwung eingemündet.“

Die Forschungsinstitute haben ihre Wachstumsprognose für 1984 gegenüber dem Herbstgutachten deutlich nach oben revidiert und gehen jetzt von einer realen Zunahme des Bruttonsozialprodukts von etwas mehr als 3 Prozent aus. Im Jahreswirtschaftsber-

■ POST

Keine Veränderungen bei Gebühren und Laufzeiten Seite 4

■ ARBEITSZEIT

35-Stunden-Woche schafft keine neuen, sondern gefährdet Arbeitsplätze Seite 5

■ EUROPA

Wort der Bischöfe zur Wahl des Europäischen Parlamentes 1984 Seite 7

■ FAKTION

Verbesserter Jugendschutz gegen jugendgefährdende Videofilme Seite 11

■ ENTBÜROKRATISIERUNG

Statistik wird rigoros bereinigt Seite 13

■ LANDWIRTSCHAFT

Unterstützung der bäuerlichen Familienbetriebe auf breiter Front Seite 15

■ DOKUMENTATION

Verfassungsschutzbericht 1983 Grüner Teil

■ CDU-EXTRA

Steuerliche Entlastung der Familien wird zum 1. Januar 1986 in Kraft treten Gelber Teil

richt vom Februar war die Bundesregierung nur von einem Wirtschaftswachstum von rund 2,5 Prozent ausgegangen.

Positive Bilanz für 1983

Rückgang des Haushaltsdefizits

„Anders als in den Vorjahren waren die Konsolidierungsbestrebungen von sichtbarem Erfolg gekrönt. Mit 45 Milliarden Mark fiel das Staatsdefizit im Jahre 1983 um 10 Milliarden Mark geringer aus als im Jahr zuvor. Die unerwartete deutliche Konjunkturerholung führte dazu, daß das Defizit stärker als geplant zurückging.“

Steigende Investitionen

„Seit Ende 1982 ist die inländische Nachfrage nach Investitionsgütern tendenziell aufwärts gerichtet. Die lebhafte Ordertätigkeit seit Herbst 1983 signalisiert die Festigung der Investitionsneigung. Die Investitionstätigkeit hat sich im Winterhalbjahr 1983/84 beträchtlich beschleunigt.“

Steigende Einkommen der privaten Haushalte

„Die fortschreitende Konjunkturerholung und — damit verbunden — die wieder etwas günstigere Arbeitsmarktlage trugen zu einer Kräftigung der Kaufneigung der Konsumenten bei. Insgesamt ergab sich eine leichte Beschleunigung des Anstiegs der verfügbaren Einkommen. Beim realen Einkommen war sie noch stärker, weil sich der Preisanstieg abschwächte.“

Deutlicher Anstieg der Exporte

Die Ausfuhr von Grundstoffen und Produktionsgütern hat bereits Anfang 1983 deutlich zugenommen und sich seit Jahresmitte 1983 noch weiter verstärkt. Auch die Ausfuhr von Investitionsgütern ist im Verlauf des Jahres 1983 gestiegen. **Vor allem „wegen der im internationalen Ver-**

gleich niedrigen Preissteigerungen in der Bundesrepublik“ nahm die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Produzenten zu. Saisonbereinigt und auf Jahresbasis gerechnet sind die Preise 1983 um 2 Prozent gestiegen.

Zunehmende Ausweitung der Produktion

„Vor allem dank der von der Ausfuhr ausgehenden Impulse hat sich das Aufschwungtempo im Winterhalbjahr verstärkt. Mit dem Anstieg des realen Bruttoinlandprodukts um 3,5 Prozent gegenüber dem Tiefpunkt der Rezession ist im ersten Quartal 1984 das Produktionsniveau aus der Zeit der Rezession erstmals überschritten worden.“

Entlastung auf dem Arbeitsmarkt

„Der Aufschwung wirkte sich entlastend auf den Arbeitsmarkt aus. Die Zahl der Arbeitslosen nimmt — saisonbereinigt — seit dem Herbst 1983 ab, und die Kurzarbeit wurde binnen Jahresfrist halbiert. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten offenen Stellen steigt leicht. Im ersten Vierteljahr 1984 war der Stellenzugang um ein Viertel höher als ein Jahr zuvor. Daß sich die Chancen für Arbeitslose, einen Arbeitsplatz zu finden, verbessert haben, zeigt sich auch an dem deutlichen Anstieg der Zahl der Arbeitsvermittlungen. Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren hat sich sogar deutlich verringert. Hierzu trug bei, daß die Wirtschaft erheblich mehr Lehrlinge als vorher eingestellt hat.“

Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung für 1984

„Die Auftriebskräfte sind stark genug, um eine Fortsetzung des

stiegs der gesamtwirtschaftlichen Produktion zu gewährleisten. Damit setzt sich der Aufschwung fort. Er kann als selbsttragend bezeichnet werden.“

Steigende Produktion

Die Forschungsinstitute erwarten für 1984 einen Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen um 6 Prozent. Die gesamtwirtschaftliche Produktion wird im Jahresverlauf um etwa 3 Prozent zunehmen. Die Exporte dürften 1984 real um 10 Prozent über dem Vorjahresniveau liegen. Nach Auffassung der Forschungsinstitute dürfte auch die Bautätigkeit „relativ kräftig zunehmen“.

Private Haushalte

„Der private Konsum wird in diesem Jahr weiter steigen. Die Brutto- und Gehaltssumme erhöht sich verstärkt, weil die Beschäftigung nach dem Rückgang im vergangenen Jahr nun allmählich wieder steigt. Insgesamt wird sich das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte mit rund 4 Prozent stärker erhöhen als im vergangenen Jahr.“

Rückgang des Staatsdefizits

„Mit den finanzpolitischen Beschlüssen für 1984 wird der Kurs fortgesetzt, durch eine Kombination von Maßnahmen zur Begrenzung der Neuverschuldung des Staates und zur Entlastung der Unternehmen Wachstumskräfte freizusetzen. Unter Einfluß der Gewinnabführung der Bundesbank von 11 Milliarden Mark erhöhen sich die Einnahmen des Staates fast doppelt so rasch wie die Ausgaben. Das Finanzdefizit wird nahezu halbiert werden und auf 25 Milliarden Mark zurückgehen.“

Weiterhin geringer Preisanstieg

Der Preisauftrieb wird im Verlauf des Jahres gemäßigt bleiben. Die Verbraucher-

preise werden im Jahresschnitt um knapp 3 Prozent höher sein als im Vorjahr.

Höherer Überschuß der Leistungsbilanz

„Die Wareneinfuhr wird mit dem Konjunkturanstieg in der Bundesrepublik weiter kräftig expandieren. Insgesamt wird die Wareneinfuhr in diesem Jahr um rund 8 Prozent höher sein als im Jahre 1983. Der reale Außenbeitrag wird erheblich zunehmen. Der Überschuß der Leistungsbilanz dürfte eine Größenordnung von etwa 20 Milliarden Mark erreichen.“

Besserung auf dem Arbeitsmarkt

„Bei dieser Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktion wird die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer im Verlauf des Jahres in einer Größenordnung von 200 000 zunehmen. In der Industrie wird die Beschäftigung im Jahresverlauf um etwa 50 000 Personen steigen, in der Bauwirtschaft wird die Zunahme fast ebenso groß sein. Die Zahl der Arbeitslosen wird im Verlauf des Jahres zurückgehen; gegen Jahresende dürfte der Vorjahresstand um etwa 200 000 unterschritten werden.“

Insgesamt fassen die Forschungsinstitute die wirtschaftliche Entwicklung für 1984 wie folgt zusammen:

„Die wirtschaftliche Erholung in der Bundesrepublik Deutschland wird sich in diesem Jahr mit beachtlichem Schwung fortsetzen. Die Beschäftigung wird steigen, die Arbeitslosigkeit weiter zurückgehen und der Preisauftrieb relativ gering bleiben. Der Aufschwung ist das Ergebnis des Zusammenspiels von Verbesserungen der Rahmenbedingungen, vorübergehend wirkenden Maßnahmen und zyklischen Einflüssen.“

■ POST

Keine Veränderungen bei Gebühren und Laufzeiten geplant

Die Behauptungen der SPD-MdBs Karl Liedtke und Peter Paterna zu angeblichen Plänen der Bundespost, die Gebühren und Leistungen im gelben Bereich zu verändern, sind aus der Luft gegriffen. Postminister Christian Schwarz-Schilling hat in den letzten Wochen wiederholt erklärt, daß er weder vorhabe, 1985 die Postgebühren zu erhöhen noch die Qualität der Dienstleistungen zu verschlechtern oder die Dienstleistungspalette einzuschränken.

So wird der Standardbrief für 80 Pfennig auch künftig am nächsten Werktag beim Empfänger sein. Die Postzusteller kommen wie bisher jeden Tag ins Haus, also auch samstags. Zustellfachanlagen, die diesen gewohnten Service angeblich ersetzen sollen, sind nicht geplant.

Paterna hat offenbar die Aussagekraft angeblicher Informationen aus „gut informierter Quelle“ völlig überschätzt. So ist z.B. der Arbeitskreis Post/Presse, aus dem Paterna zitierte, ein Gremium, das der Beratung und dem Informationsaustausch zwischen dem Postministerium und den Verlegerverbänden dient, aber weder Beschußkraft noch Planungskompetenz hat. Überlegungen, die dieses Gremium anstellt, können dementsprechend nicht Pläne des Postministeriums sein.

Die altbekannte Behauptung von Paterna, der Postminister kümmere sich nicht um das Postwesen und versäume, ein praktikables Konzept zu erstellen, läßt sich mit

zwei Zahlen widerlegen. In seiner Amtszeit hat sich die Kostenunterdeckung im Postwesen von 3 Mrd. DM im Jahr auf 2 Mrd. DM für das Jahr 1983 verbessert.

Wirtschaftliches Handeln, wie es dem Postminister nach dem Postverwaltungsgegesetz vorgegeben ist, schließt eine aktive Markt- und Dienstleistungspolitik ein. Wie jedes andere Unternehmen muß die Bundespost ihr Dienstleistungsangebot ständig überprüfen und Entwicklungen in der Kundennachfrage bei der Gestaltung ihres Angebots berücksichtigen. Um prüfen zu lassen, wie die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit gesteigert und wie die wirtschaftlichen Ergebnisse in den einzelnen Angebotsbereichen verbessert werden können, hat der Postminister Anfang des Jahres zwei Unternehmensberatungsfirmen beauftragt, Vorschläge für die Weiterentwicklung der Postdienste vorzulegen. Parallel gehen die Überlegungen im eigenen Unternehmen, die den gleichen Zweck verfolgen, weiter.

Erste Ergebnisse der Untersuchungen sind Anfang nächsten Jahres zu erwarten. Der Postminister hat ausdrücklich erklärt, was auch in der Presse nachzulesen ist, daß er es für wenig sinnvoll halte, Untersuchungsaufträge zu erteilen und vor deren Fertigstellung andere Dispositionen zu treffen. Fest steht jedoch schon heute, daß die Untersuchungsergebnisse unter dem kritischen Gesichtspunkt der Praktikabilität für Post wie Kunden geprüft werden. Eine wirtschaftliche stabile Zukunft kann die gelbe Post nur dann erreichen, wenn ihre Leistungen sich mit den Kundeninteressen decken.

Zur Diskussion um den Fortfall der Nacht- und Vormittagsleerung erklärt MdB Pfeffermann: „Diese Entscheidung hat keinen Einfluß auf die Laufzeiten, da die Briefkästen am Mittag vor Abgang der Weiterbeförderung geleert werden.“

■ ARBEITSZEITVERKÜRZUNG

35-Stunden-Woche schafft nicht neue, sondern gefährdet Arbeitsplätze

Die Regierung Helmut Kohl hat die Grundlagen für den notwendigen wirtschaftlichen Neubeginn geschaffen. Die Voraussetzungen für die Beendigung der Arbeitslosigkeit sind so günstig wie schon lange nicht mehr. Zum ersten Mal seit Jahren haben wir die Chance, den dringend notwendigen Strukturwandel unserer Wirtschaft zu bewältigen.

- Unsere Wirtschaft wächst wieder: 1984 voraussichtlich um 3 Prozent.
- Die Arbeitslosigkeit sinkt: schon im März und April um fast 300 000.
- Die Inflation ging nahezu um die Hälfte zurück.
- Die Exporte steigen.
- Neue Unternehmen schaffen neue Arbeitsplätze.

Damit sichern wir unsere wirtschaftliche Zukunft.

Zu umweltschonendem und energiesparendem Wirtschaftswachstum und technischem Fortschritt gibt es keine vernünftige Alternative, wenn wir Arbeitsplätze sichern und neue schaffen wollen. Dazu ist es auch notwendig, neue Techniken in der Hand der Menschen als Chance für eine humane Arbeitswelt und neue Arbeitsplätze zu begreifen. Sie bieten die Voraussetzungen dafür, daß die Arbeitszeit flexibler gestaltet und freier gewählt werden kann.

Wir müssen aber auch international wettbewerbsfähig bleiben. Denn fast jeder dritte Arbeitsplatz hängt bei uns vom Ex-

port ab. Mit sanften, sauberen und vor allem energiesparenden Technologien und neuen Produkten werden wir diese Herausforderungen bestehen. Damit wurden in den USA und in Japan in den letzten 10 Jahren 20 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen.

Die Produktivitätszuwächse der Zukunft geben uns eine Chance, die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Probleme zu lösen. Wer allerdings Produktivitätszuwächse von morgen schon heute verteilen will, beraubt die Politik ihrer dringend notwendigen Spielräume und gefährdet letztendlich vorhandene und schafft keine neuen Arbeitsplätze. Unsere Hauptaufgabe heißt aber: Mit Hilfe von Zukunftsinvestitionen Arbeitsplätze zu schaffen.

Mit Wirtschaftswachstum und Produktivitätsfortschritten allein ist die Beschäftigungskrise nicht zu bewältigen. Notwendig sind mehr Teilzeitarbeitsplätze und moderne Formen der Arbeitsplatzeinteilung, was den Interessen vieler Bürger entgegenkommt. Auch Arbeitszeitverkürzungen können nicht ausgeschlossen werden.

Jedoch richtet sich die Forderung nach der generellen Einführung der 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich in der gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Situation gegen diejenigen, die keine Arbeit haben. Diese Forderung gefährdet außerdem die wirtschaftliche Gesundung, weil sie vor allem kleine und mittlere Unternehmen belastet, also gerade diejenigen, die die meisten Arbeitsplätze zur Verfügung stellen.

Die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich würde die Arbeitskosten im Schnitt um 14 bis 18 Prozent in die Höhe treiben. Die Folgen für die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie — und damit auch für den Arbeitsmarkt — wäre katastrophal: Die Bundesrepublik Deutschland würde gegenüber den anderen großen Industrieländern wieder weit zurückgeworfen, viele Betriebe würden zusammenbrechen.

Die kostenträchtige Verkürzung der Wochenarbeitszeit widerspräche unseren nationalen Interessen und trüfe die wirtschaftliche Wiedergesundung unseres Landes im Kern. Die 35-Stunden-Woche schafft nicht neue, sondern gefährdet vorhandene Arbeitsplätze. Ein Streik für die 35-Stunden-Woche wäre ein Streik gegen die Vernunft und Verantwortungsbewußtsein — ein Streik, der auf dem Rücken aller Arbeitnehmer, vor allem auf dem Rücken aller Arbeitslosen ausgetragen würde.

Dagegen ist die Verkürzung der Lebensarbeitszeit wirtschaftlich vernünftig und human. Sie bietet mehr Wahlfreiheit für die Generation der Arbeitnehmer, die den Wiederaufbau der Bundesrepublik Deutschland geschaffen haben. Sie haben einen frühen Ruhestand wirklich verdient. Gleichzeitig bietet sie jungen Menschen mehr freie Arbeitsplätze und damit eine Perspektive für ihre Zukunft.

Mit dieser Regelung hat die Bundesregierung die Bedingungen für ein Bündnis der Vernunft zwischen den Tarifpartnern geschaffen. Die Tarifpartner tragen aber nicht nur Verantwortung für ihre organisierten Interessen, sondern auch für das Gemeinwohl. Wir halten Tarifauseinandersetzungen für ein selbstverständliches Element einer freien Gesellschaft. Aber die Auseinandersetzungen der Tarifpartner dürfen nicht zu einem Kampf um gesellschaftliche Machtpositionen entarten, de-

ren Folge alle, insbesondere die Schwachen und Nichtorganisierbaren zu tragen haben. Die Gewerkschaften und Arbeitgeber müssen sich gerade in unserer augenblicklichen Situation ihrer besonderen Verantwortung für Deutschlands Zukunft als moderne und humane Industrienation bewußt sein.

C-Waffen weltweit vernichten

Zur Forderung des Leiters des Hamburger Institutes für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Generalleutnant a. D. Wolf Graf von Baudissin, an die NATO-Staaten, einseitig auf chemische Waffen zu verzichten und gegebenenfalls auf einen chemischen Angriff durch den Warschauer Pakt nuklear zu antworten, erklärt der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Verteidigungsausschuß, Willy Wimmer (Neuss):

Alle chemischen Waffen müssen weltweit vernichtet werden. Dazu bedarf es einer Abmachung zwischen Ost und West, die gegenseitig zuverlässig überprüfbar sein muß.

Eine einseitige Vorleistung des Westens kann nicht in Betracht kommen, weil die durch der Verhandlungsanreiz zum Abbau dieser Waffen für die Sowjetunion entfällt. Die Erfahrungen der letzten Jahre beweisen dies ganz deutlich:

Der jahrelange Verzicht der USA auf Entwicklung und Herstellung solcher Waffen wurde von der Sowjetunion nicht honoriert. Sie hat vielmehr in diesem Zeitraum gegenüber dem Westen eine Überlegenheit von mehr als 10:1 hergestellt. Das spricht nicht für ihre Bereitschaft, Verteilungen als Geste und gleichzeitig als Aufforderung zum Nachtrum anzuerkennen.

■ EUROPA

Wort der Bischöfe zur Wahl des Europäischen Parlaments 1984

Die Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (Commission des Episkopats de la Communauté Européenne — ComECE) hat aus Anlaß der Wahl zum Europäischen Parlament am 17. Juni 1984 das beiliegende Wort „Wozu Europa?“ verabschiedet. Der Text wird in den zehn Ländern gleichzeitig veröffentlicht.

1. Ein Mangel an Vertrauen in die Zukunft scheint viele Bürger der Europäischen Gemeinschaft zu erfassen. Die Ursachen sind unterschiedlich. Zu ihnen zählen: die hohe Arbeitslosigkeit, das Fehlen von Zukunftsperspektiven für die Jugend, die Schwierigkeiten des täglichen Lebens für zahlreiche Mitmenschen, neue Formen der Armut, der Zwang zahlreicher Immigranten zu einem Leben am Rande der Gesellschaft, die Zunahme der Gewalt und des Terrorismus, das Anwachsen der Rüistung, die Bedrohung des Weltfriedens. Hinzu kommen die inneren Schwierigkeiten der Gemeinschaft, die ihre Probleme nicht zu lösen und keine neuen Mitglieder aufzunehmen vermag.

2. Dieser Mangel an Vertrauen führt zu einer Abkapselung und zu einem individuellen und kollektiven Egoismus, deren Anzeichen nicht zu übersehen sind: die Ablehnung des Kindes und der erschreckende Geburtenrückgang, die Verteidigung bestimmter Privilegien, das schwierige Teilen der vorhandenen Arbeit, der Protectionismus der Staaten, die praktische Weigerung der reichen Länder, der Dritten

Welt eine gemeinsame Hilfe zu bringen. Mit dieser Feststellung sollen die positiven Aspekte der Europäischen Gemeinschaft nicht bestritten werden.

3. Als Bischöfe, die sich einer gemeinsamen Verantwortung in Europa verpflichtet fühlen, drängt es uns, die frohe Botschaft Jesu-Christi zu verkünden. Sie gibt uns die Gewißheit, daß keine Situation ausweglos ist. In der gegenwärtigen sittlichen Krise der westlichen Welt glauben wir, daß es möglich ist, eine neue Gesellschaft zu errichten im Dienst des Menschen und eines Europas, das — übrigens — weit über die Grenzen der Gemeinschaft hinausreicht.

4. Eine wahre Begegnung der Menschen und der Völker ist immer ein Reichtum. Das war für die Begründer der Europäischen Gemeinschaft die leitende Vorstellung, und das ist auch heute noch das anzustrebende Ziel. Und dies aus drei Gründen:

— Die spezifische kulturelle Identität Europas und das Erbe seiner Vergangenheit verleihen ihm für die heutige Welt Verantwortung;

— die gegenwärtige Krise kann nach Auffassung der Verantwortlichen nur durch eine verstärkte Zusammenarbeit unter den Europäern überwunden werden;

— es ist dringend notwendig, durch gemeinsame Anstrengung die großen Herausforderungen zu bestehen, die durch die Ost-West- und die Nord-Süd-Spannungen auf dem Planeten entstanden sind. Soziale Gerechtigkeit, allseitige Ent-

wicklung und Herstellung des Friedens sind der Preis.

5. Der wirtschaftliche Fortschritt steht im Dienst des Menschen und nicht umgekehrt. Die Europäische Gemeinschaft kann sich nicht damit zufrieden geben, eine Wirtschaftsgemeinschaft zu sein, so notwendig diese auch sein mag. Errichtet werden muß ein Europa der Menschen und der Völker, ein Europa, wo jeder Mensch und jede Familie in ihrer unveräußerlichen Würde anerkannt werden, ein Europa, in dem jede Kultur und jede geistige Gemeinschaft sich entwickeln und gegenseitig bereichern, ein Europa, in dem Immigranten und Flüchtlinge ihren Platz finden, ein Europa, das in den Ländern der Dritten Welt echte Partner sieht. Europa braucht einen frischen geistigen Atem, eine Seele und einen Glauben.

6. Der Aufbau eines solchen Europas ist eine Aufgabe, die gemeinsam geleistet werden muß. Sie kann nicht nur die Tat einiger sein, weder der politischen Verantwortlichen noch der europäischen Beamten. Jeder kann und muß seinen Stein zu dem Bauwerk beitragen. Es gibt tausend Weisen, daran zu arbeiten: indem man die aus der Vergangenheit geerbten Verbitterungen und Vorurteile überwindet; indem man mit den Bedürftigsten teilt; indem man sich mit anderen Sprachen und anderen Kulturen vertraut macht; indem man an internationalen Vereinigungen und Begegnungen teilnimmt. Verzichtsleistungen und gegenseitiges Vertrauen sind die Voraussetzungen dazu.

7. Die in einigen Wochen stattfindenden Wahlen zum Europäischen Parlament erfordern, daß wir uns gründlich informieren über das, was auf dem Spiel steht, damit wir unsere Wahlentscheidung nicht treffen nach bloß regionalen oder nationalen Zielsetzungen oder sogar nach reinen Gewinninteressen. Wir müssen bei unserer Wahlentscheidung höhere und weitere Ziele im Auge haben.

8. Der Aufbau Europas erfordert eine weitgehende, andauernde Anstrengung. Jeden Tag wird Europa aufgebaut oder abgebaut. Die bescheidensten Beiträge, zu denen alle fähig sind, sind von Bedeutung für die Zukunft, nach der wir uns sehnen.

9. Die Aufgabe mag unerfüllbar erscheinen. Doch wie schwer sie auch sein mag, sie kann Christen nicht entmutigen. Wir haben die feste Überzeugung: **Das Evangelium ist Quelle der Hoffnung für Europa.**

Straßburg, den 29. März 1984

Die Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (KomECE)

Dr. Jean Hengen, Bischof von Luxemburg, Präsident

Dr. Franz Hengsbach, Bischof von Essen, Vizepräsident

Dante Bernini, Bischof von Albano, Vizepräsident

Maurice Noël Leon Couve du Murville, Erzbischof von Birmingham

Emiel-Josef De Smedt, Bischof von Brugge

Joseph Daphy, Bischof von Argyll

Hans Ludwig Martensen, Bischof von Kopenhagen

Johannes B. Möller, Bischof von Groningen

Paul Joseph Schmitt, Bischof von Metz

P. Michel Pierre Franzidis, OFM, Apostolischer Administrator von Rhodos

Für die Einheit deutscher Kultur

Aktuelle Fragen der Deutschlandpolitik hat der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Alfred Dregger, in Bonn mit dem Bund der Mitteldeutschen erörtert. Beide Seiten waren sich einig, daß „der Einheit der deutschen Kultur als einigen des Band unserer Nation im Hinblick auf die staatliche Teilung“ entscheidende Bedeutung zukomme. In der Aussprache wurden vor allem die Perspektiven der Verbesserung der Reise- und Besuchs-

■ INFORMATION

Mietanstieg weiter verlangsamt

Der Rückgang der Mietsteigerungsraten hat sich im Februar und März dieses Jahres weiter fortgesetzt. Darauf hat Bundesbauminister Oscar Schneider in Bonn hingewiesen. Im Februar '84 sind die Mieten gegenüber dem Februar '83 insgesamt nur noch um 4,5 Prozent angestiegen. Im März '84 reduzierte sich die Steigerungsrate weiter auf 3,8 Prozent.

Die rückläufige Entwicklung der Mietsteigerungsraten ist auf allen Teilmärkten zu beobachten. In den vor 1948 gebauten Altbauwohnungen sank die Steigerungsrate von 5,3 Prozent im Januar '84 über 4,9 im Februar auf 4,7 Prozent im März. In den nach 1948 gebauten freifinanzierten Wohnungen lag die Steigerungsrate im Februar '84 bei 3,4 und im März '84 lediglich bei 3,3 Prozent. Besonders ausgeprägt war die Abwärtsentwicklung im sozialen Wohnungsbau. Hier sank die Steigerungsrate von 4,2 Prozent im Januar über 3,8 im Februar auf ebenfalls 3,3 Prozent im März '84.

Die gemäßigte Mietentwicklung ist nach Ansicht von Bundesbauminister Schneider ein Hinweis darauf, daß sich im Bundesdurchschnitt der Mietwohnungsmarkt wesentlich entspannt hat. Es gebe heute in weiten Teilen der Bundesrepublik eher einen Mietermarkt als einen Vermietermarkt. Hinweise auf diese Entspannung, so der Minister, lieferten auch die Mietspiegel einiger Städte. Was vor wenigen Jahren noch als undenkbar gegolten habe, sei inzwischen Wirklichkeit geworden. In einigen Städten sei der Mietspiegel

nicht nach oben, sondern nach unten fortgeschrieben worden. So sei beispielsweise die Vergleichsmiete in der Stadt Bremerhaven für bestimmte Wohnungsklassen um bis zu 13 Prozent nach unten korrigiert worden. Eine ähnliche Entwicklung sei in anderen Städten zu beobachten.

SPÖ verlor erneut Stimmen

Bei den Wahlen zu den österreichischen Arbeitskammern hat die Sozialistische Partei (SPÖ) erhebliche Stimmenverluste hinnehmen müssen. In den von ihr traditionell demonstrieren Kammern sank der SPÖ-Anteil von 63,4 auf 58,4 Prozent. Die Freiheitliche Partei (FPÖ) nahm von 3,2 auf 2,5 Prozent ab. Dagegen verbesserte sich die oppositionelle Volkspartei (ÖVP) von 31,0 auf 36,7 Prozent. Nach dem Verlust der absoluten Mehrheit im Bundesparlament (1983) hatte die SPÖ bereits bei den Landtagswahlen in Niederösterreich und in Salzburg Wahlniederlagen hinnehmen müssen.

Im Herbst werden Bafög-Sätze angehoben

Das 8. Bafög-Änderungsgesetz stellt eine wesentliche Verbesserung der Ausbildungsförderung dar. Nach dem Gesetz werden zum Herbst 1984 die Freibeträge und Bedarfssätze um 4 Prozent angehoben. Für den Herbst 1985 ist außerdem eine Zwischenanpassung der Freibeträge um weitere 3,5 Prozent vorgesehen. Die neue Regelung bedeutet, daß der Bedarfssatz für den auswärts untergebrachten Gymnasiasten und Berufsfachschüler von monatlich 490 DM auf 510 DM angehoben wird, für einen auswärts untergebrachten Studenten von derzeit 660 DM auf 690 DM. Damit kann ein Student einschließlich Krankenversicherung und Mietzuschuß bis zu 788 DM Förderung erhalten.

Nicht vergessen:

Am 13. Mai ist Muttertag!

Der Muttertag fällt in diesem Jahr mitten in die Zeit des Europawahlkampfes! Das gibt allen CDU-Mitgliedern die Möglichkeit, ihre Mütter und Ehefrauen nicht nur mit kleinen Aufmerksamkeiten zu überraschen, sie können auch im Wahlkampf diesen Tag für besondere werbewirksame Aktionen nutzen. Hier sind einige Vorschläge für Aktionen, die man ohne lange Vorbereitung durchführen kann:

Blumenaktion

An Kreuzungen oder auf öffentlichen Plätzen stehen am Samstag vor Muttertag CDU-Mitglieder und überreichen zum Muttertag Blumen an Passantinnen. Eine andere Möglichkeit: Verschenken Sie in einer Tür-zu-Tür-Aktion kleine Blumenkörbchen mit einem netten Text: „Die CDU wünscht Ihnen alles Gute zum Muttertag!“ Als kleines Geschenk im Körbchen schlagen wir vor: Das Näh-Etui '84, dazu Informationsmaterial zur Europawahl.

Grüße ins Krankenhaus

Eine kleine Aufmerksamkeit der CDU für Frauen und Mütter, die ihren Ehrentag im Krankenhaus verbringen müssen: Ein paar frische Blumen und ein Näh-Etui '84 werben sympathisch für die Europapartei CDU.

Gemeinsam geht es besser

Gerade am Muttertag sollte man alleinstehende und ältere Mitbürger nicht vergessen — laden Sie zum Kaffee ein oder zu einem kleinen Ausflug. Ein Gespräch über Europa und die Wahl am 17. Juni ergibt sich dann wie von selbst.

Die vorgesehenen Verbesserungen durch das 8. Bafög-Änderungsgesetz sind finanziert und sichern den Kernbereich der Ausbildungsförderung, erklärt der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Bildung und Wissenschaft, MdB Alois Graf von Waldburg-Zeil. Im übrigen strebt die Union an, bei der Neuordnung und Verbesserung des Familienlastenausgleichs die Ausbildungskosten für die Familien stärker und gleichmäßiger für alle Bildungswege durch steuerliche Entlastungsmaßnahmen zu berücksichtigen.

Leider sieht das Bild im Bereich der Schülerförderung der Länder bei weitem nicht

so gut aus. Trotz der Forderung des Deutschen Bundestages nach einer bundeseinheitlichen Förderung haben die Länder z. T. völlig unterschiedliche Förderungssysteme geschaffen. Hier ist im Interesse der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet dringend eine Vereinheitlichung notwendig. Erwogen werden sollte außerdem, ob die Förderung des schulischen Weiterbildung im 2. Bildungsweg und der beruflichen Weiterbildung nicht im Rahmen eines Darlehenmodells zusammengefaßt werden kann. Beide Bereiche der Weiterbildung von Erwachsenen gehören als Bestandteil des Bildungsbereichs eng zusammen.

■ INITIATIVE DER BUNDESTAGSFRAKTION

Verbesserter Jugendschutz gegen jugendgefährdende Videofilme

Zunehmend werden Videofilme mit extremen Darstellungen Gewalttätigkeiten gegen Menschen angeboten. Sie überschwemmen geradezu den Videomarkt. Skrupellose Händler machen auf dem Rücken von Kindern und Jugendlichen mit brutalsten Grausamkeiten, menschenverachtenden Tötungshandlungen, widerlichsten Kannibalismus-Szenen und harter Pornographie ihr Geschäft.

Etwas 45 Prozent der auf dem Markt befindlichen Videokassetten betreffen die Programmkatgorie „Horror, Krieg, Action“. Nahezu 5000 Videotitel gibt es derzeit auf dem deutschen Videomarkt, von denen mindestens 2000 als bedenklich im Sinne des gesetzlichen Jugendschutzes einzustufen sind.

Die bestehenden Regelungen im Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften und im Strafgesetzbuch (§§ 131, 184) reichen nicht aus, um den Gefahren, die von Videofilmen für Kinder und Jugendliche ausgehen, wirksam zu begegnen.

Deshalb hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dafür gesorgt, daß Jugendliche in Zukunft vor den Gefahren jugendgefährdender Videofilme besser geschützt werden. Auf ihre Initiative hin wurde dies zu einem zentralen Punkt des im Bundestag eingebrochenen Gesetzentwurfes zur Neuregelung des Jugendschutzes in der Öffentlichkeit. Kernstück des Gesetzentwurfes: Selbstkontrolle nach dem Muster der

Filmwirtschaft und fälschungssichere Siegel auf den Kassetten, die kenntlich machen, ob sie für Kinder und Jugendliche geeignet sind. Damit soll erreicht werden, daß der Videokassettenmarkt unter den Gesichtspunkten des Jugendschutzes geordnet und für die Beteiligten, d.h. Minderjährige, Eltern und Gewerbetreibende, transparent wird. Diese Initiative wird von der Bürgermehrheit unterstützt. Denn wie eine Repräsentativumfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach ergeben hat, sind 88 Prozent der Bürger für ein Verbot des Verleihs von gewaltverherrlichenden Videos an Jugendliche unter 18 Jahren.

Zahlreiche Filme im aktuellen Programmangebot auf Videokassetten sind nicht nur jugendgefährdend; sie überschreiten vielmehr wegen der exzessiven Art und Weise der Gewaltdarstellung auch die Schwelle der Sozialverträglichkeit. Damit sind sie prinzipiell auch strafrechtlich relevant.

Es ist daher nur konsequent, daß der in der parlamentarischen Beratung befindliche Gesetzentwurf zur Neuregelung des Jugendschutzes auch eine Verschärfung des Gewaltdarstellungsverbots in § 131 StGB vorsieht mit dem Ziel, nicht nur die Verbreitung solcher Filme, sondern auch ihre Herstellung zu verbieten. Mit zahlreichen „Brutalos“ werden nicht nur Geschäfte auf den Rücken junger Menschen gemacht, sondern vor allem auch zu Lasten der Frauen. Denn diese Filme stellen oftmals nicht nur Gewalt dar, sondern mißbrauchen auch die Frau als Sexual-

und Gewaltobjekt. Dadurch wird das Kli-
schee verbreitet, Frauen seien sozusagen
verfügbares Eigentum.

Durch die vom Gesetzgeber angestrebten Schutzmaßnahmen wird aber auch zum Ausdruck gebracht, daß bestimmte Tugenden, die das Zusammenleben der Menschen überhaupt erst erträglich machen, mehr Bedeutung erhalten müssen: Liebe, Nächstenliebe, Rücksichtnahme aufeinander, Einsatzbereitschaft für den anderen. Gewaltanwendung und Diskriminierung von Frauen dürfen keine positive Bewertung im öffentlichen Bewußtsein erfahren.

Nicht alles, was kommerziell einträglich ist, ist auch sittlich erlaubt. Das Leitbild ist nicht die schrankenlose, sondern die verantwortete Freiheit.

Neben der Verbesserung des Jugendschutzes gegen Videogewalt sind folgende Schwerpunkte des Gesetzentwurfes hervorzuheben:

— Mit Rücksicht auf den Vorrang der Elternverantwortung sollen Kinder und Jugendliche in der Öffentlichkeit von Einschränkungen weitgehend freigehalten werden, wenn sie sich in Begleitung ihrer Erziehungsberechtigten befinden. Der Entwurf verzichtet daher für diesen Fall auf Regelungen zur Anwesenheit Minderjähriger in Gaststätten und bei öffentlichen Tanzveranstaltungen.

— Die Vorschriften gegen den Alkohol- und Tabakkonsum Minderjähriger werden aufrecht erhalten und sollen überdies dadurch wirksamer gemacht werden, daß künftig alle alkoholischen Getränke an Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren auch nicht mehr zum angeblichen Verzehr durch Erwachsene abgegeben werden dürfen. Außerdem soll über das derzeit geltende Recht hinaus die Abgabe alkoholischer Getränke durch Automaten in der Öffentlichkeit generell verboten werden. Dies ist ein notwendiger Beitrag zur

Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs durch Minderjährige.

— Die allgemein als überholt angesehnen Verbote der Anwesenheit von Kindern bei Varieté-, Kabarett- und Revueveranstaltungen soll aufgehoben werden. Kinder unter 6 Jahren soll nunmehr bei Begleitung durch einen Erziehungsberechtigten der Besuch für sie geeigneter Filmveranstaltungen ermöglicht werden.

— Spielhallen sollen auch weiterhin für Kinder und Jugendliche unzugänglich bleiben. Elektronische Videospielautomaten mit kriegsverherrlichenden und gewaltorientierten Darstellungen sollen in der Öffentlichkeit an Kindern und Jugendlichen zugänglichen Orten nicht mehr aufgestellt werden dürfen; für andere Videospielgeräte soll die Aufstellung in der Öffentlichkeit eingeschränkt werden.

— Der Bußgeldrahmen für Ordnungswidrigkeiten von Veranstaltern und Gewerbetreibenden soll erheblich erhöht werden, um einen stärkeren Abschreckungseffekt zu erzielen.

Das Jugendschutzgesetz ist ein Gesetz für und nicht gegen junge Menschen. Das Jugendschutzgesetz will junge Menschen bei der Gestaltung ihrer Freizeit nicht gängeln, sondern Erwachsene daran hindern, Kinder und Jugendliche zum Schaden für ihre Gesundheit oder ihre psychische Entwicklung zu mißbrauchen.

Wichtiger Hinweis:

Im UiD Nr. 14 vom 19. 4. 1984 hat sich auf Seite 5 bei der Vorstellung des Helmut-Kohl-Plakates „Mit uns für Europa“ ein Fehler eingeschlichen. Die Bestellnummern für die Größen DIN A1 und DIN A0 wurden vertauscht. Es muß heißen:

DIN A1 Bestell-Nr. 8545
DIN A0 Bestell-Nr. 8546

Im Bestellformular auf Seite 25 sind die Nummern richtig angegeben.

■ ENTBÜROKRATISIERUNG

Klein- und Mittelbetriebe dürfen hoffen: Statistik wird rigoros bereinigt

Das Bundeskabinett hat am 11. April 1984 den vom Bundesinnenministerium vorgelegten Entwurf einer Statistikbereinigungsverordnung beschlossen, die für eine sehr große Zahl von Unternehmen und Betrieben zu einer drastischen Entlastung von gesetzlich auferlegten statistischen Auskunftsverpflichtungen führt.

Über das Ausmaß dieser Belastungen durch amtliche Statistiken wird seit jeher von den Befragten geklagt. Die Bundesregierung will mit der Vorlage der Statistikbereinigungsverordnung administrative Auskunftsverpflichtungen auf ein unverzichtbar notwendiges Maß zurückzuschrauben. Der von ihr gewählte Verordnungsweg anstelle einer auch möglichen gesetzlichen Regelung gestattet es, die angestrebten Entlastungswirkungen möglichst schnell zu realisieren.

Damit soll zugleich umgehend eine Maßnahme zur Rechts- und Verwaltungsvereinfachung durchgesetzt werden. Die von der Bundesregierung berufene Unabhängige Kommission für Rechts- und Verwaltungsvereinfachung hat bei ihren Beratungen die Statistikbereinigung als einen wesentlichen Beitrag zur Entbürokratisierung bezeichnet.

Insgesamt sollen 16 statistische Gesetze oder Verordnungen durch verschiedene Maßnahmen geändert werden. Als besonders aufschlußreiche Beispiele sind zu nennen:

1. Verzicht auf die Durchführung der mo-

natlichen, vierteljährlichen und halbjährlichen Textilstatistik (Art. 3 des VO-Entwurfs). Damit wird einer seit Jahren sowohl von den Ländern als auch von den betroffenen Unternehmen erhobenen Forderung nach Einstellung dieser sehr aufwendigen Statistik entsprochen; betroffen sind 2300 Unternehmen.

2. Verzicht auf die Durchführung der Material- und Wareneingangserhebung im Baugewerbe (Art. 2 des VO-Entwurfs). Wegen ihrer detaillierten Fragen wurde diese Erhebung von den auskunftspflichtigen Unternehmen stark kritisiert; betroffen sind 10 000 Unternehmen.

3. Verzicht auf die monatliche Erfassung des Auftragsbestandes im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe (Art. 2 des VO-Entwurfs); betroffen sind 3000 Unternehmen.

4. Einschränkung der Statistiken über die Personenbeförderung im Straßenverkehr (Art. 12 des VO-Entwurfs); betroffen sind 2500 Unternehmen.

5. Durchführung der bisher jährlichen Erhebungen bei Unternehmen der Handelsvermittlung bzw. des Gaststättengewerbes nur noch in jedem zweiten Jahr (Art. 14 des VO-Entwurfs). Es handelt sich um aufwendige statistische Erhebungen; betroffen sind 10 000 Unternehmen der Handelsvermittlung bzw. 8 000 Unternehmen des Gaststättengewerbes.

6. Verzicht auf die Erfassung der Einrichtungen des fließenden und ruhenden Verkehrs im Rahmen der Handels- und Gaststättenzählung; Entlastung für rd. 400 000 Auskunftspflichtige (Art. 14).

Darüber hinaus sind auch auf dem Gebiet der Umweltstatistiken ins Gewicht fallende Entlastungen vorgesehen (Art. 1 des VO-Entwurfs).

7. Die bisher für jedes zweite Jahr angeordneten Statistiken über die Abfallbeseitigung in der Industrie sollen künftig nur noch in jedem dritten Jahr stattfinden. Es handelt sich um aufwendige Befragungen nach den einzelnen Abfallarten in sehr differenzierter Untergliederung, z.T. bis zu 40 Abfallarten in einzelnen Wirtschaftszweigen. Hier sind bis zu 80000 Betriebe betroffen.

8. Auch in der Statistik der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe wird die Häufigkeit von einem zweijährigen Turnus auf drei Jahre herabgesetzt; betroffen sind 70000 Betriebe.

Der Schwerpunkt der Entlastung liegt eindeutig im Bereich der Wirtschaftsstatistiken und hier vor allem bei kleineren und mittleren Betrieben. Dies ist auch ein Hauptanliegen der jetzt durchgeföhrten Überprüfung und Statistikbereinigung.

Die Verordnung soll möglichst am 18. Mai 1984 im Bundesrat behandelt werden, sie tritt einen Tag nach ihrer Verkündung im Bundesgesetzblatt in Kraft.

Für Herbst dieses Jahres ist ein Statistikbereinigungsgesetz in Vorbereitung, in dem weitere Vereinfachungen im Statistikbereich vorgesehen werden. Ferner soll darin die Anpassung der Statistikgesetze an die Forderungen des Volkszählungsurteils des Bundesverfassungsgerichts erfolgen.

KPV unterstützt Entbürokratisierung im Baurecht

Die KPV, die rd. 100 000 Kommunalpolitiker der Union vertritt, will die zügige Beratung und Verabschiedung des vom Bundesbauminister Oscar Schneider geplanten neuen Baugesetzbuches mit allen ihren Möglichkeiten nachhaltig unterstützen. In eingehender Beratung mit dem Minister über die vorgesehene Entbürokratisierung des Baurechts wurde nachdrücklich begrüßt, daß die Terminplanung für die Verabschiedung des neuen einfachen Baurechts vom Bundeskabinett beschleunigt worden ist.

Die Führungsgremien der KPV forderten, das künftige Bauplanungsrecht müsse den gemeindlichen Handlungs- und Ermessensspielraum erweitern. Ferner müsse eine Verminderung der Rechtsmittelanfälligkeit gemeindlicher Bebauungspläne erreicht werden. Ziel bei all diesen Bestrebungen solle sein, daß der bauwillige Bür-

ger schneller und einfacher eine Baugenehmigung erreichen könne.

Die Kommunalpolitiker der Union sprachen sich ferner dafür aus, die Planungen der Gemeinden und der staatlichen Fachbehörden, zum Beispiel bei der Gewerbeaufsicht oder der Verkehrsplanung, rechtzeitiger und besser miteinander zu koordinieren. In diesem Zusammenhang seien auch anstehende Konfliktsituationen zwischen Wohnen und Arbeiten, die Probleme der sogenannten Gemengelage, zu lösen.

Durchgreifende Vereinfachungen und Streichungen von Vorschriften sind nach Ansicht der KPV bei der Integration des Städtebauförderungsgesetzes in das neue Baugesetzbuch möglich. Bei der Diskussion der Baulandprobleme wurde für eine Zusammenfassung der zahlreichen verschiedenen Vorkaufsrechtsregelungen im Bundesbaugesetz plädiert.

■ LANDWIRTSCHAFT

Unterstützung der bäuerlichen Familienbetriebe auf breiter Front

Bundesminister Kiechle hat in Bonn ein Programm zur Verbesserung der Einkommenssituation der Landwirtschaft und zur Durchführung der EG-Marktpolitik vorgelegt. Das umfangreiche Konzept sieht ein Finanzvolumen von etwa 2 Mrd. DM vor. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt und unterstützt den gemeinsamen Lösungsansatz, mit dem es gelingen wird, die Auswirkungen der Brüsseler Agrarentscheidungen auf die deutsche Landwirtschaft deutlich zu mildern.

Kernpunkt des Maßnahmenpakets ist die Anhebung der Vorsteuerpauschale für Landwirte um 3 Prozent-Punkte. Der Ausgleich der zu erwartenden Einkommenseinbußen beim Abbau des deutschen Währungsausgleich ist für eine CDU/CSU-geführte Bundesregierung eine Selbstverständlichkeit, erklärt der Vorsitzende der Arbeitsgruppe für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Egon Susset. Es ist vorgesehen, diese Regelung bereits zum 1. September 1984 in Kraft zu setzen. Damit kann die Beihilfe bereits für den größten Teil der diesjährigen pflanzlichen Ernteerzeugnisse in Anspruch genommen werden und mögliche Vorwirkungen des Währungsausgleichsabbau würden kompensiert.

Die nationale Ausgestaltung der Garantiemengenregelung sieht vor, in einer umgehend einzuleitenden Aktion Milchmengen

von staatlicher Seite aufzukaufen. Damit entsteht eine Manövriermasse für die Berücksichtigung von Härtefällen und der Mengenabzug im Einzelbetrieb kann spürbar vermindert werden. Neben der Produktionssteigerung im Zeitraum 1981 bis 1983 wird bei der Garantiemengenbemessung die Gesamtanlieferung der Betriebe einbezogen. Kleinere und mittlere Landwirte werden durch diese soziale Komponente deutlich entlastet. Darüber hinaus gibt es eine zusätzliche Hilfe für Betriebe bis 100 000 kg Milchanlieferung.

Zur weiteren Unterstützung der Landwirtschaft wird die „Alte Last“ bei der Unfallversicherung bereits ab 1985 abgedeckt.

Durch die Festschreibung der Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe werden die Voraussetzungen geschaffen, zusammen mit den Ländern die Förderung der Landwirtschaft in Berg- und benachteiligten Gebieten auszuweiten. Damit können Betriebe unterstützt werden, die aufgrund der natürlichen Gegebenheit kaum Produktionsalternativen haben.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird darüber hinaus dafür eintreten, noch bestehende Mobilitätshemmnisse sowohl im steuerlichen als auch im sozialen Bereich abzubauen und die knappen Marktkapazitäten dem bäuerlichen Familienbetrieb zu sichern. Junge Landwirte erhalten damit auch zukünftig die Chance, ihren Betrieb so zu organisieren, daß er eine Existenz für die bäuerliche Familie bietet.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

ZITATE

Neue Zuversicht

Zum erstenmal seit 1976 schauen die Bürger wieder mit Zuversicht in ihre Zukunft. Jeder dritte glaubt, es wird mit der Wirtschaft aufwärtsgehen; fast jeder zweite glaubt, es bleibt so — nur jeder fünfte erwartet eine Verschlechterung.

75 Prozent meinen: Der Wohlstand kann nur gehalten werden, wenn alle einige Zeit härter arbeiten und weniger Ansprüche stellen.

Wie ist dieses Wunder in der Stimmung der Bevölkerung zu erklären?

— Die große Mehrheit der Bürger hat erkannt: Mit immer mehr Ansprüchen und immer mehr Freizeit ging's bergab.

— Die Wähler gaben das Signal zur Wende.

Laßt die Deutschen schaffen — dann schaffen es die Deutschen schon. Bild, 30. April 1984

Alte Hüte

Sie lernen es nie, die Genossen, deren SPD-Bundestagsfraktion nun mit einem „Sondervermögen Arbeit und Umwelt“ Segen spenden will. 4,7 Mrd. DM sollen aus Steuererhöhungen flie-

ßen, genaugenommen aus dem Griff in die Tasche der Bürger. Strom soll danach teurer werden, Benzin und Heizöl, und zum wiederholten Male Erdgas.

Was die Genossen mit den Milliarden machen wollen? Sie wollen „subventionieren“, und zwar Gewässerschutz, Wasserversorgung, Abfallwirtschaft, Luftreinhaltung sowie sparsame Energieverwendung.

Wozu haben eigentlich alle Fraktionen des Bundestages dem Abwasserabgabengesetz zugestimmt? Wann hat je ein deutscher Wassersorger nach Subventionen gerufen? Seit wann liegt in der Abfallwirtschaft etwas im argen? Sorgt nicht die gerade erst in Kraft getretene Großfeuerungs-Anlagen-Verordnung für die Luftreinhaltung, haben nicht die Kraftwerke ihre Pläne unterbreitet, nach denen sie 20 Mrd. Mark in diesen Bereich investieren wollen? Sparen wir nicht schon Energie über alle erwarteten Maße?

Neue Energiesteuern bewegen nichts, sie machen bestenfalls süchtig nach Subventionen, lähmen die Eigeninitiative für Investitionen, verteuern die Produktion — denn nichts geht ohne Energie. Es sind also die alten Hüte, die hier in so feiner Verpackung wie „Arbeit und Umwelt“ dem Bürger verkauft werden sollen. Mit Vokabeln auf Stimmenfang, eine uralte Masche, für die der Bürger mit höheren Steuern bezahlen soll.

Die Welt, 30. April 1984

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44-3 04. Verleitung: Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje, Eberhard Luetjohann. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.